

eines Gastlandes nach Artikel 36 WÜK. Dieser knüpft allein an das formale Kriterium der ausländischen Staatsangehörigkeit an.

8. Abgeordnete  
**Annette Groth**  
(DIE LINKE.)
- In welcher Form kooperieren amerikanische und deutsche Sicherheitsbehörden im so genannten War on Terror im Jemen, wenn es um die Ermittlung, Lokalisierung, Verfolgung, Festnahme und Strafverfolgung besonders von deutschen Staatsangehörigen oder deutschen Wohnbürgern geht?

**Antwort der Staatssekretärin Dr. Emily Haber  
vom 4. April 2013**

Die Zusammenarbeit zwischen den deutschen und US-amerikanischen Sicherheitsbehörden über den internationalen Terrorismus findet auf polizeilicher bzw. nachrichtendienstlicher Ebene statt. Sie fokussiert sich auf den Austausch von Lageeinschätzungen zu terroristischen Sachverhalten. Vor einer Weitergabe von Informationen zu deutschen Staatsangehörigen oder andere Personen im Sinne der Anfrage findet eine besondere Abwägung der betroffenen Belange statt.

Eine Ergänzung zu dieser Antwort wird eingestuft bei der Geheimchutzstelle des Deutschen Bundestages hinterlegt\*.

9. Abgeordnete  
**Annette Groth**  
(DIE LINKE.)
- Welche Gefängnisse im Jemen sind der Bundesregierung konkret bekannt, in denen gefoltert wird oder in denen Beschuldigte ohne Anklage festgehalten werden?

**Antwort der Staatssekretärin Dr. Emily Haber  
vom 4. April 2013**

Der Bundesregierung liegen keine konkreten Erkenntnisse zu Gefängnissen vor, in denen gefoltert wird. Von Oktober 2012 bis Januar 2013 war ein deutsch-US-amerikanischer Staatsangehöriger ohne Anklage im „Political Security Office“ – Untersuchungsgefängnis in Sanaa inhaftiert.

10. Abgeordnete  
**Katja Keul**  
(BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Rüstungsexportanfragen und Voranfragen für das endgültige Bestimmungsland Israel hat sich der Bundessicherheitsrat seit dem 1. Januar 2012 befasst?

---

\* Das Auswärtige Amt hat die Anlage zur Antwort der Staatssekretärin Dr. Emily Haber vom 4. April 2013 als „VS – Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft. Die Anlage ist in der Geheimchutzstelle des Deutschen Bundestages hinterlegt und kann dort nach Maßgabe der Geheimchutzordnung des Deutschen Bundestages eingesehen werden.  
Diese Regelung gilt noch befristet bis zum Ende der 17. Wahlperiode.

**Antwort der Staatssekretärin Dr. Emily Haber  
vom 4. April 2013**

Die Bundesregierung äußert sich nicht zu den Sitzungen des Bundessicherheitsrates, weder zu deren Zeitpunkt noch zu deren Inhalt. Diese unterliegen der Geheimhaltung.

11. Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Inwiefern setzt sich die Bundesregierung auf internationaler Ebene für die Einsetzung einer UN-Blauhelmission in Mali ein, die die AFISMA-Mission ablösen soll, und inwiefern ist die Bundesregierung bereit, sich an einer solchen Mission finanziell, logistisch und personell zu beteiligen?

**Antwort der Staatssekretärin Dr. Emily Haber  
vom 4. April 2013**

Die Entscheidung über die Mandatierung einer von den Vereinten Nationen geführten Friedensmission (Blauhelmission) trifft der VN-Sicherheitsrat, dem Deutschland seit Anfang des Jahres 2013 nicht mehr angehört. Es zeichnet sich ab, dass der Rat voraussichtlich noch im April 2013 eine solche Mission beschließen wird. In diesem Fall wäre Deutschland verpflichtet, sich an der Finanzierung in Höhe des Beitragsschlüssels der Vereinten Nationen für Friedensmissionen zu beteiligen (7,141 Prozent). Die Frage einer logistischen und personellen Beteiligung kann die Bundesregierung ggf. erst nach einer Entscheidung des Sicherheitsrates und Kenntnis des Mandats der Mission prüfen.

12. Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Inwiefern soll nach Kenntnis der Bundesregierung im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik eine zivile Mission in Mali neben EUTM Mali eingerichtet werden, und inwiefern ist die Bundesregierung bereit, sich an einer solchen Mission finanziell, logistisch und personell zu beteiligen?

**Antwort der Staatssekretärin Dr. Emily Haber  
vom 4. April 2013**

Die Aktivitäten terroristischer Gruppierungen in Mali gefährden die Sicherheit in der gesamten Sahel-Region und in Europa. Zur langfristigen Eindämmung dieses Risikos ist ein funktionsfähiger Polizei- und Justizsektor in Mali unabdingbar. Mit Blick auf die Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung in Mali müssen Rahmenbedingungen zur Durchführung freier und fairer Wahlen geschaffen werden.

In den europäischen Gremien wird derzeit beraten, ob die Europäische Union die malische Regierung beim Aufbau effizienter Strukturen in den Bereichen Innere Sicherheit und Justiz unterstützen kann